

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

14.02.2024

Inhalt

EWN

1 Wirtschaft in MV im Stimmungstief <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 14.02.2024</i>	3
2 Tschechien setzt voll auf Atomstrom <i>Münchener Merkur, 14.02.2024</i>	4
3 Macht sich Putins Atomkonzern im Emsland breit? <i>Spiegel.de, 13.02.2024</i>	5

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 14.02.2024 | S. 16

 Auflage: 24.096 | Reichweite: 79.409

 dpa

KONJUNKTURUMFRAGE DER IHK

Wirtschaft in MV im Stimmungstief

Selten zuvor war die Stimmung in der Wirtschaft so schlecht wie zu Beginn dieses Jahres. Dabei sind es längst nicht mehr nur die Energiepreise, die den Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen machen. Sie vermissen einen verlässlichen Kurs der Politik.

Trotz deutlich rückläufiger Inflation und wieder gesunkener Energiepreise ist die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zu Jahresbeginn im Stimmungstief. In der jüngsten Konjunkturumfrage der drei Industrie- und Handelskammern im Land gaben im Januar 41 Prozent der befragten Unternehmen an, dass sie für 2024 eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage erwarten.

Ähnlich pessimistisch seien die Prognosen bisher nur Anfang 2009 auf dem Höhepunkt der damaligen Wirtschafts- und Finanzkrise ausgefallen. „Wir wollen nicht schwarzmalen und möchten gern Optimismus verbreiten, aber es fällt schwer“, sagte der Präsident der IHK Rostock, Klaus-Jürgen Strupp, bei der Vorstellung der Umfrageergebnisse am Dienstag in Schwerin. Von den knapp 5900 befragten Firmen hätten sich etwa 940 an der Umfrage beteiligt. Den Angaben zufolge sank der Anteil der Firmen im Nordosten, die ihre Geschäftslage als gut einstufen, gegenüber Herbst 2023 von 37 auf 30 Prozent. Statt zuvor 16 bezeichneten nun 21 Prozent der Unternehmen ihre aktuelle Lage als schlecht. Eine Besserung im Laufe des Jahres erwarten lediglich 9 Prozent. Der sogenannte Konjunkturklimaindikator sank von 92 auf 87 Punkte. Im langjährigen Mittel beträgt der Wert 111 Punkte.

Die Stimmungslage hat auch Auswirkungen auf die Firmenstrategien. So geht die Investitionsbereitschaft weiter zurück. Laut Umfrage planen 43 Prozent der Unternehmen geringere Investitionen als im Vorjahr. 24 Prozent der befragten Firmen rechnen zudem mit Beschäftigungsabbau. Vor einem Jahr lag der Anteil noch bei 19 Prozent. Insbesondere kleinere Firmen seien bei der Personalplanung vorsichtiger geworden, hieß

es. Größere Unternehmen hingegen versuchten dem Fachkräftemangel vorzubeugen und wollten einstellen.

Als Hauptgründe für die pessimistische Lageeinschätzung wurden in der Umfrage weiterhin hohe Energie- und Rohstoffpreise, steigende Arbeitskosten unter anderem durch höhere Mindestlöhne, die Kaufzurückhaltung infolge der lange Zeit hohen Inflation sowie unzureichende wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen genannt. Strupp mahnte die Regierungen in Bund und Land, zu mehr Sachlichkeit in ihrer Politik zurückzukehren und den Unternehmen Verlässlichkeit zu bieten.

Fehle die Planbarkeit und die Aussicht auf eine gerechte Verteilung der Kosten für die Energiewende, blieben erhoffte Firmenansiedlungen aus und es drohe sogar die Abwanderung ins Ausland. „Wir können im Norden der Treiber der Transformation sein, brauchen dafür aber bessere Rahmenbedingungen“, sagte Strupp. Wie er beklagten auch die IHK-Vertreter aus Schwerin und Neubrandenburg überbordende Bürokratie und eine nur schleppend vorankommende Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung.

Auf bundesweit 65 Milliarden Euro bezifferte der Neubrandenburger IHK-Hauptgeschäftsführer Torsten Haasch die jährlichen Bürokratiekosten für die Wirtschaft. Auch das trage zur Schwächung des Unternehmertums in Deutschland bei. „Es wird immer schwerer, junge Leute für die Selbstständigkeit zu begeistern“, konstatierte Haasch. Er rief die Politiker auf, sich die Folgen ihrer Entscheidungen bei Betriebsbesuchen persönlich anzuschauen. Burkhard Fraune

📰 Münchner Merkur | 14.02.2024 | S. 2

📄 Auflage: 22.907 | Reichweite: 111.037

👤 Michael Heitmann

Tschechien setzt voll auf Atomstrom

Anders als Deutschland und Österreich setzt Tschechien massiv auf die Kernenergie. In Bayern sind manche besorgt, auch in Prag warnen Kritiker. Doch Gehör finden sie nicht.

Prag – Die tschechische Regierung macht beim Ausbau der Atomkraft Tempo: Der liberalkonservative Ministerpräsident Petr Fiala will bis zu vier neue Reaktorblöcke auf einen Schlag in Auftrag geben, wie er zur Überraschung vieler Beobachter vor Kurzem erklärte (wir berichteten). Die laufende Ausschreibung, die ursprünglich nur die Fertigstellung eines neuen Reaktors bis 2036 vorsah, wurde nun erweitert.

„Die tschechischen Haushalte, die tschechischen Bürger und die tschechischen Firmen müssen die Gewissheit haben, dass es auch in Zukunft genug Energie geben wird – und zu akzeptablen Preisen“, begründete er sein Vorhaben. „Das ist die Grundlage unseres Wohlstands.“ Das Industrieland Tschechien könne zu einem „Zentrum der Kernenergie“ werden. Fiala rechnete mit einem Preisnachlass von bis zu 25 Prozent je Reaktor bei einer größeren Sammelbestellung.

Der französische Atomkonzern EDF und der südkoreanische Konkurrent KHNP sind nun aufgerufen, bis Ende April ihre verbindlichen Angebote vorzulegen. Die Entscheidung könnte dann bereits im Mai fallen. Nicht mehr dabei ist der US-Konzern Westinghouse, der in Polen den Auftrag für das erste Atomkraftwerk überhaupt erhalten hatte.

Wie viele Reaktoren es genau werden, ist unklar. Der Staat als Investor könne alle Optionen nutzen, müsse es aber nicht, sagt Petr Suler vom teilstaatlichen Atombetreiber CEZ. Aktuell gehe man davon aus, dass erst über den Ausbau des AKW-Standorts Dukovany um zwei Blöcke und erst dann über zwei Blöcke in Temelin entschieden werde. Suler verweist darauf, dass die EU die Atomkraft unter bestimmten Bedingungen als klimafreundlich eingestuft habe.

In den ausländischen Nachbarregionen sorgen die Prager Pläne für Verunsicherung. Das AKW Temelin mit derzeit zwei Druckwasserreaktoren vom Typ WWER 1000/320 liegt weniger als 60 Kilometer von den Grenzen zu Bayern und Niederösterreich entfernt. Von Dukovany, das über vier Altmeiler der sowjetischen Bauart WWER-440/213 verfügt, sind es nach Wien nur knapp 100 Kilometer. Urban Mangold von der bayerischen „Plattform gegen Temelin“ teilte erwartungsgemäß mit, die Pläne der tschechischen Regierung gefährdeten die Sicherheit der bayerischen Bevölkerung. Erst vor wenigen Tagen fachte ein Zwischenfall die Sorgen vieler Grenzbewohner um die Sicherheit neu an. CSU-Politiker Erwin Huber begrüßte die tschechischen Ausbaupläne dagegen als „sensationell“. Bayern solle sich Stromkontingente sichern.

Die neueste Energiestrategie der tschechischen Regierung sieht vor, den Anteil der Kernenergie am Strommix von einem Drittel bis 2040 auf mehr als die Hälfte zu erhöhen. Die Kohleverstromung soll dafür bis 2033 enden. Der Pro-Atomkurs des Kabinetts trifft in weiten Teilen der Bevölkerung und in den Medien weitgehend auf Zustimmung.

Zum größten Stolperstein könnte die Finanzierung werden. Finanzminister Zbynek Stanjura musste einräumen, dass es sich um ein „hochriskantes Projekt“ handele. Die Schätzungen verschiedener Analysten zu den Gesamtkosten gehen weit auseinander und reichen von mehr als 30 bis hin zu fast 80 Milliarden Euro für vier Reaktorblöcke. Kritiker warnen, dass sich das irgendwann nicht mehr rechnen würde – je nachdem, wie sich die Preise auf den Strommärkten in der Zukunft entwickeln.

BRENNELEMENTEFABRIK IN LINGEN**Macht sich Putins Atomkonzern im Emsland breit?**

Eine Brennelementefabrik in Niedersachsen soll ausgebaut werden, das russische Atomkonglomerat Rosatom macht mit. Lange sah es so aus, als müssten die deutschen Behörden das Projekt genehmigen. Doch nun ist ein Ausweg in Sicht.

Auf seinen Atomkonzern kann Wladimir Putin im Angriffskrieg gegen die Ukraine bauen. Zuverlässig betreibt das Nuklearkonglomerat Rosatom das ukrainische Atomkraftwerk Saporischschja, das russische Truppen zuvor eingenommen hatten. Zudem versucht Rosatom der »Washington Post« zufolge, Russlands Waffenindustrie mit Schlüsselkomponenten und -rohstoffen zu beliefern. Von den etwa 275.000 Rosatom-Beschäftigten arbeiten rund ein Drittel laut dem österreichischen Umweltbundesamt in Abteilungen für Kernwaffen.

Trotzdem ist die russische Atomindustrie verschont geblieben von den Sanktionen, welche die EU nach dem Überfall auf das Nachbarland Ukraine gegen Russland verhängt hat. Die Stromversorgung mehrerer europäischer Staaten hängt maßgeblich am russischen Atomkonzern. Ohne die speziellen Brennelemente aus Putins Reich müssten Atomkraftwerke etwa in der Slowakei, Bulgarien oder Ungarn stillstehen. Diese Meiler russischer Bauart sind angewiesen auf den Kerntreibstoff von Rosatom: hexagonale, also sechseckige Brennelemente.

Nun sollen auch in Lingen im Emsland solche sechseckigen Brennelemente gebaut werden. ANF, eine Tochter des französischen mehrheitlich staatseigenen Konzerns Framatome, pflegt seit Jahren eine enge Partnerschaft mit Rosatom. Der russische Überfall hat daran offenbar wenig geändert. Die Franzosen wollen ihre Produktion in der Lingener Brennelementefabrik ausbauen, in enger Zusammenarbeit mit Putins Atomkonglomerat. In Deutschland, mitten im russischen Angriffskrieg.

»Schon die Gaskrise hat Europas Abhängigkeit von Russland offenbart. Jetzt machen wir den gleichen Fehler mit Atomkraft und Brennelementen. Das ist ver-rückt«, sagt ein hoher politischer Entscheidungsträger

dem SPIEGEL. Obwohl das Projekt in Lingen sowohl Niedersachsens Landesregierung wie auch der Bundesregierung von Anfang an missfiel, sah es lange so aus, als bliebe den zuständigen Behörden rechtlich nichts anderes übrig, als den Antrag von ANF zu genehmigen.

Jetzt eröffnet ein bislang unveröffentlichtes Expertengutachten womöglich doch noch einen Ausweg. Verfasst hat es der renommierte Atomrechtler Gerhard Roller, Professor an der Technischen Hochschule Bingen. Beauftragt hat es das Bundesumweltministerium.

»Beim gegenwärtigen Kenntnisstand ist nicht ausgeschlossen«, resümiert Roller in dem 43-seitigen Gutachten, das dem SPIEGEL vorliegt, »dass die Zulassung einer Kooperation einer deutschen Brennelementefabrik mit einem russischen Staatskonzern die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden vermag.« Dies könnte reichen, um das Projekt der Framatome- und Rosatom-Töchter zu verhindern.

Schon seit Jahren versucht Rosatom über seine Tochter TVEL, in das Brennelementewerk in Emsland einzusteigen. Ursprünglich hatten TVEL und Framatome hierfür ein Gemeinschaftsunternehmen in Deutschland geplant, entgegen der Bedenken von Politikern wie Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne).

Kurz vor Russlands Überfall auf die Ukraine zogen die beiden Unternehmen ihren bei Habecks Ministerium eingereichten Prüfungsantrag jedoch zurück. Einige Monate später gründeten sie ihr Joint Venture stattdessen in Frankreich.

Anschließend reichte ANF beim zuständigen Umweltministerium in Hannover einen Antrag gemäß Paragraf 7 des Atomgesetzes ein. Man wolle in Lingen sechs-

eckige Brennelemente für osteuropäische AKW herstellen. Die Rosatom-Tochter TVEL soll dabei nicht nur die Lizenz erteilen, sondern auch tatkräftig helfen – indem sie die Geräte für die Brennelementfertigung liefert und sogar die Qualitätskontrolle übernimmt.

Zu gern hätte die Bundesregierung den Antrag abgelehnt, weil eines der Unternehmen in einen Krieg verwickelt ist. Doch das wäre durch das Atomgesetz nicht gedeckt. »Die im Gesetz genannten Genehmigungsvoraussetzungen beziehen sich vor allem auf technische Sicherheit«, sagt ein Kenner der Materie. Und wenn diese technischen Kriterien erfüllt seien, so dachte man lange Zeit in den zuständigen Behörden, müsse man das französisch-russische Projekt in Lingen wohl oder übel genehmigen.

Rosatom-Mitarbeiter kommen in Lingener Fabrik

Rollers Gutachten verändert die Lage grundlegend. »Auch dann, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen vorliegen, [kann] die Behörde die Genehmigung [...] versagen«, schreibt der Experte. Diesen Spielraum habe die Behörde nur bei besonderen und unvorhergesehenen Umständen. Diese aber lägen vor: mit Russlands völkerrechtswidrigem Angriffskrieg auf die Ukraine.

Dreh- und Angelpunkt von Rollers Argumentation sind die Mitarbeiter von Rosatom. Das Projekt dürfe laut Gesetz nur genehmigt werden, wenn sich keine Bedenken gegen »die für die Errichtung, Leitung und Beaufsichtigung des Betriebs der Anlage verantwortlichen Personen ergeben«, sagt er. Wie ein Manager der Framatome-Tochter ANF bei einer Befragung vor dem Umweltausschuss Lingens einräumte, sollen aber Fachkräfte aus Russland bei der Produktion der Brennelemente eingesetzt werden – wenn auch, so beteuert zumindest ANF, nur für kurze Zeit und unter Aufsicht.

»Es ist zweifelhaft, ob bei Nicht-EU-Staatsangehörigen überhaupt eine hinreichend belastbare Zuverlässigkeitsüberprüfung durch die deutschen Behörden durchgeführt werden könnte«, schreibt Roller. »Dies dürfte in der gegenwärtigen Situation erst recht bei russischen Staatsangehörigen gelten.«

»Rosatom ist der Erfüllungsgehilfe von Herrn Putin. Wenn der etwas anstellen will, werden das die Rosatom-Leute für ihn umsetzen.«

Zudem könne »die Zuverlässigkeitsprüfung einzelner Personen auch nicht erfassen«, so Roller, »ob relevante Informationen an den russischen Staat gelangen,

für die das Betreten der Anlage nicht erforderlich ist.« Rosatom-Mitarbeiter, so die Angst, könnten durch das Projekt womöglich an sensible Daten gelangen.

Noch eindringlicher warnt der frühere Leiter der Reaktor-Sicherheitskommission, Michael Sailer, vor der französisch-russischen Kooperation in Lingen. »Rosatom ist der Erfüllungsgehilfe von Herrn Putin. Wenn der etwas anstellen will, werden das die Rosatom-Leute für ihn umsetzen«, sagt Sailer im Gespräch mit dem SPIEGEL. »Wenn die einmal in der Lingener Anlage sind, können sie alles Mögliche herausfinden oder kaputt machen«.

Zudem bestehe ein Risiko, dass Rosatom Sabotage betreibe, meint Sailer – etwa indem die Russen bewusst schlechte Rohstoffe nach Lingen lieferten und die fehlerhaften Brennelemente später bei der Qualitätskontrolle durchwinkten. Dies könne den Betrieb der belieferten Atomkraftwerke erheblich stören.

Umweltschützer sind entsetzt. »Die sicherheitspolitischen Gefahren sind so relevant, dass die beantragte Genehmigung versagt werden kann und muss«, sagt Julian Bothe von der bundesweiten Anti-Atom-Organisation »ausgestrahlt«. »Es ist absolut unverständlich, dass ein solches Vorhaben überhaupt noch diskutiert wird – als ob der Angriff auf die Ukraine, sogar unter aktiver Beteiligung Rosatoms, niemals stattgefunden hätte.«

Doch die Behörden sind an geltendes Recht gebunden. Und so geht das Genehmigungsverfahren in Niedersachsen seinen geregelten Gang – noch.

»Das Roller-Gutachten bestätigt uns in unserer Einschätzung, dass die enge Kooperation mit Putins Atomkonzern Rosatom eine erhebliche Gefahr für die innere und äußere Sicherheit in Europa darstellen kann«, sagt Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne) im Gespräch mit dem SPIEGEL. »Es ist daher ein bedeutender Gegenstand in unserem laufenden Genehmigungsverfahren.«

Das Bundesumweltministerium schreibt auf Anfrage, nun sei »auch zu prüfen, wie sich der Einfluss Russlands und des auch militärisch aktiven Staatskonzerns Rosatom im Hinblick auf die nukleare Sicherheit auswirken könnte.« Ein Ministeriumssprecher sagte: »Es ist eine notwendige Konsequenz aus dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, Abhängigkeiten von Russland zu reduzieren. Eine Zusammenarbeit mit dem russischen Staatskonzern Rosatom ist aus Sicht des Bundesumweltministeriums daher der falsche Weg«.

Deutschland gegen Frankreich?

Die Framatome-Tochter ANF schickte dem SPIEGEL ein allgemein gehaltenes Statement, in dem es heißt: »ein regelmäßiger Zugang von TVEL-Mitarbeitenden [ist] für den Betrieb der Anlage und die Herstellung der Brennelemente weder vorgesehen noch erforderlich«.

Allerdings lässt das Unternehmen offen, wie oft und wie lange diese russischen Fachkräfte in unregelmäßigen Abständen vor Ort sein werden. Konkrete Fragen des SPIEGEL zum Gutachten beantwortete die ANF nicht. Ihr Genehmigungsantrag liegt noch bis zum 3. März im Lingener Rathaus öffentlich aus; alle Bürgerinnen und Bürger können Einwände und Fragen stellen.

Diese werden dem Unternehmen anschließend vorgelegt, damit es Stellung nehmen kann.

Der formale Genehmigungsprozess nähert sich dann dem Ende. Die politische Debatte geht anschließend wohl erst richtig los. Ein deutsches Nein zum Framatome-Projekt wäre ein Affront für Frankreichs Präsidenten. »Es kann gut sein«, meint ein Insider, »dass es am Ende Emmanuel Macron und Olaf Scholz gegeneinander ausfechten werden.«

Und wenn sich die zwei führenden Staatenlenker in der EU streiten, freut sich ein Dritter: Wladimir Putin.